

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU

Sicherheit ganzheitlich denken – Chancen für den Wirtschaftsstandort Bremen nutzen – Transformationsrat „Sicherheit und Verteidigung“ einsetzen

Durch die letzte Woche vom Deutschen Bundestag und vom Bundesrat beschlossene Grundgesetzänderung werden Verteidigungsausgaben des Bundes von mehr als einem Prozent der Wirtschaftsleistung (BIP) von den Regeln der Schuldenbremse ausgenommen. Wenn Deutschland auf dieser Grundlage in den nächsten zehn Jahren einen mittleren dreistelligen Milliardenbetrag in seine Verteidigungsfähigkeit und Sicherheit investiert, so zielt dies nicht nur auf eine Steigerung der Wehrhaftigkeit, sondern auch auf Technologiefortschritt und zusätzliches Wirtschaftswachstum ab. Künftige Investitionen in die Verteidigungsfähigkeit sollen nicht nur Fähigkeitslücken bei der Bundeswehr schließen, sondern auf strategische Fähigkeiten (z.B. „Deep Strike“ und Luftabwehr) sowie moderne Technologiefelder (z.B. vernetzte und autonome Systeme, Drohnen und Weltraumfähigkeiten) ausgerichtet werden. Benötigt werden dafür souveräne europäische Fähigkeiten, um sich schrittweise aus der Abhängigkeit von den USA, z.B. bei der Satellitenkommunikation, zu lösen.

Auf diesen Technologiefeldern hat die traditionell starke Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (SVI) im Land Bremen eine hohe Expertise und herausragende Kompetenzen. Diese gilt es nun zum Auf- und Ausbau von Verteidigungsfähigkeit, aber auch gewinnbringend für den Wirtschaftsstandort Bremen einzubringen, indem wesentliche Arbeitspakete aus Rüstungsaufträgen nach Bremen geholt werden. Die Betriebe der SVI mitsamt des sie umgebenden „Ökosystems“ benötigen dafür optimale Standortbedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten im Land Bremen. Hier gibt es auf zahlreichen Feldern Defizite:

So verhindert die Zivilklausel im Bremischen Hochschulgesetz eine wirksame zivil-militärische Kooperation, die aber notwendig ist, um bei Forschung und Entwicklung (FuE) Synergien zu heben und den schnellen Transfer von Know-how zwischen beiden Feldern zu ermöglichen. Auch aufgrund solcher Zivilklauseln bleibt Deutschlands Verteidigungssektor, trotz exzellenter Forschungseinrichtungen, vieler KI-Firmen und internationaler Spitzenforschung, hinter seinen Möglichkeiten zurück, ganz anders als z.B. in den USA. Gerade in Bereichen wie Cybersicherheit, Raumfahrt oder medizinischer Forschung sind Dual-Use-Anwendungen eher die Regel als die Ausnahme.

Auch der Mangel an für die bremische SVI geeigneten, freien, erschlossenen Gewerbeflächen bremst deren Entwicklung im Land Bremen aus. So finden beispielsweise die

zusätzlichen Arbeitsplätze, die das Unternehmen Rheinmetall in Bremen am Standort schafft, keinen Platz am Unternehmenssitz in Bremen-Sebaldsbrück, sondern müssen an anderen Orten in der Stadt angemietet werden. Auch die Ansiedlung der Rumpfproduktion für das Kampfflugzeug F-35 in Bremen scheiterte u.a. daran, dass das Unternehmen dafür kurzfristig kein geeignetes Grundstück mit Zugang zum Rollfeld des Flughafens in der erforderlichen Größenordnung von 6 ha fand. Rheinmetall entschied sich daraufhin für den Standort Weeze in Nordrhein-Westfalen. Neben einem unzureichenden Gewerbeflächenangebot kommen weitere Mängel an der wirtschaftsnahen Infrastruktur hinzu, beispielsweise bei den sanierungsbedürftigen Weserbrücken.

Ein weiteres Problem ist die Benachteiligung von Unternehmen der bremischen Verteidigungsindustrie bei Landesprogrammen zur Wirtschaftsförderung. So schließt der Senat die landesseitige Förderung von wehrtechnischen Aktivitäten kategorisch aus (siehe Senatsantwort aus Drs. 20/572 vom 25.08.2020). Dies ist ein klarer Wettbewerbsnachteil gegenüber anderen Standorten, beispielsweise im Hinblick auf die Investitions- und Innovationsförderung des Landes, für die es spätestens seit der der fundamental geänderten Sicherheitslage keinerlei Rechtfertigung mehr gibt.

Eine große Herausforderung ist zudem die Fachkräftegewinnung. Es muss selbstverständlich sein, dass Unternehmen der bremischen SVI sowie die Parlamentsarmee Bundeswehr als Arbeitgeber fester Bestandteil der Berufsorientierung im Land Bremen sind – angefangen bei Praktika, über Tage der beruflichen Bildung, bis hin zu Berufsmessen und der Einladung von Unternehmern und Jugendoffizieren der Bundeswehr in Schulen. Einen Ausschluss oder eine Benachteiligung des „Verteidigungssektors“ darf es hier nicht mehr geben. Soweit das bremische Schulgesetz bzw. dessen konkrete Umsetzungspraxis dem entgegensteht, müssen die notwendigen Änderungen vorgenommen und durchgesetzt werden.

Um auf diesen und weiteren Themenfeldern, die häufig ressortübergreifenden Charakter haben, zu schnellen Lösungen und Verbesserungen zu kommen und um die Chancen, die sich aus dem Beschluss des Deutschen Bundestages vom 18. März 2025 für den Wirtschaftsstandort Bremen ergeben, optimal zu nutzen, soll ein Transformationsrat „Sicherheit und Verteidigung“ eingesetzt werden. Dieser soll, ebenso wie der Im Frühjahr 2024 von Bürgermeister Bovenschulte ins Leben gerufene Transformationsrat, themenbezogen tagen, dabei jedoch auch die Unternehmen selbst sowie Fraktionen der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) umfassen. Er soll sich gegenüber dem bestehenden Transformationsrat durch einen konkreten Arbeitsauftrag und eine effektive, strukturierte und lösungsorientierte Arbeitsweise auszeichnen. Es geht nicht darum, einen weiteren „Sitzkreis“ einzurichten, der Aktivität nur vortäuscht und dem Senat als Feigenblatt für fehlende eigene Ideen, aufgeschobene Entscheidungen und unterlassene Maßnahmen dient.

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, einen Transformationsrat „Sicherheit und Verteidigung“ unter folgenden Prämissen einzusetzen:
 - a. Leitung durch den Präsidenten des Senats,

- b. Festlegung einer Geschäftsordnung in eigener Verantwortung,
 - c. regelmäßige, themenbezogene Sitzungen,
 - d. Mitwirkung aller zuständigen Senatsressorts, des Magistrats, der in der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) vertretenen Fraktionen, von bremischen Unternehmen der SVI, Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen, Kammern, Gewerkschaften und Unternehmensverbänden sowie der Agentur für Arbeit,
 - e. Vorbereitung, Organisation und Durchführung durch die Senatskanzlei.
2. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, den Transformationsrat „Sicherheit und Verteidigung“ schwerpunktmäßig mit folgenden Aufgaben zu betrauen:
- a. Eruiierung von Themenfelder, die entscheidend für einen schnellen Auf- und Ausbau von Produktionskapazitäten sowie von FuE-Aktivitäten der SVI im Land Bremen sind, dazu gehören mindestens folgende Punkte:
 - Forschung und Entwicklung, inklusive zivil-militärischer Kooperationen,
 - Erschließung, Verfügbarkeit und Vermarktung von geeigneten Gewerbeflächen,
 - Herstellung, Sanierung und Modernisierung der für Unternehmen der SVI relevanten wirtschaftsnahen Infrastruktur,
 - Öffnung aller Landesprogramme im Bereich der Wirtschaftsförderung für Unternehmen der SVI,
 - Fachkräftesicherung und -gewinnung, inklusive Berufsorientierung,
 - gesellschaftlicher Dialog.
 - b. Identifizierung der auf den eruierten Themenfeldern bestehenden Stärken und Schwächen, Chancen und Risiken (SWOT-Analyse), Erfahrungen, Best Practices und Verbesserungspotenziale,
 - c. Definition von Zielen in inhaltlicher und zeitlicher Hinsicht sowie von messbaren Erfolgsindikatoren,
 - d. Unterbreitung konkreter Lösungsvorschläge und Maßnahmen,
 - e. Koordination, Begleitung und Monitoring der Maßnahmenumsetzung.

Theresa Gröninger, Susanne Grobien, Frank Imhoff und Fraktion der CDU